



Gemeinde Rastede
21. Änderung des Flächennutzungsplanes
Abwägung der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlußempfehlung</i>
1	Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede 23.06.2003	Gegen die o.g. Planung bestehen weiterhin keine grundsätzlichen Bedenken, wenn „eilvernehmliche Lösungen“ das bestehende massive Immissionsschutzproblem beseitigen und die Bilanzierung des Eingriffs in den rechtlichen Wallheckenschutz ordnungsgemäß vorgenommen wird. Beides ist bisher nicht gelungen.	<p>Hinsichtlich der naturschutzfachlichen Fragestellung ist zwischenzeitlich eine Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde erfolgt, die eine ausreichende Berücksichtigung bzw. Kompensation der durch die Planung betroffenen Wallhecken sicherstellt.</p> <p>Im Änderungsbereich ist lediglich der nordwestliche Teil durch landwirtschaftliche Geruchsmissionen derart betroffen, daß eine Umsetzung der Planinhalte (Realisierung von Wohnnutzungen) nicht unmittelbar möglich ist. Der überwiegende Anteil des Änderungsbereiches, d.h. die südlichen und östlichen Flächen, ist dagegen nicht betroffen und steht für eine Bebauung unmittelbar zur Verfügung. Die Gemeinde Rastede beabsichtigt die Flächen des Änderungsbereiches bedarfsgerecht in räumlichen und zeitlichen Abschnitten umzusetzen. In diesem Zusammenhng wird auf den Bebauungsplan Nr. 63 c verwiesen, der für den südöstlichen Teilbereich im Parallelverfahren aufgestellt wird. Außerhalb der durch Geruchsmissionen belasteten Bereiche können noch weitere Bebauungspläne entwickelt werden. Diese sollen als nächste Entwicklungsschritte folgen. Das bedeutet, daß die Gemeinde die belasteten Flächen zur Umsetzung der gesteckten städtebaulichen Ziele nicht unmittelbar, sondern erst mittelfristig, benötigt. In dem dadurch vorhandenen zeitlichen Spielraum wird sich die Gemeinde um eine einvernehmliche Lösung der Immissionsproblematik mit den betroffenen Landwirten bemühen.</p>



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlußempfehlung</i>
2	Bez.-Reg. Weser-Ems 26106 Oldenburg 30.04.2003	<p>Es wird gebeten folgenden Hinweis zu übernehmen bzw. zu ergänzen.</p> <p>Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Bezirksregierung Weser-Ems, Dez. 406 – Archäologische Denkmalpflege – oder der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.</p>	Der Hinweis wird berücksichtigt.

Keine Anregungen und Bedenken hatten:

1. Straßenbauamt Oldenburg, Schreiben vom 05.06.2003
2. OOWV Brake, Schreiben vom 27.05.2003
3. NLWK Brake, Schreiben vom 02.06.2003
4. Deutsche Telekom, Schreiben vom 10.06.2003
5. Moorriem-Ohmsteder Sielacht, Schreiben vom 11.06.2003



Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlußempfehlung
------------	-------------------------------------------------------	----------------------	---------------------------------------------------------------------------